



Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Köln, Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Bonn, 11. Juli 2019

STÄDTE UND GEMEINDEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

viele Städte sind momentan dabei, über den Beschluss eines möglichen „Klimanotstandes“ zu diskutieren; einige wie Bonn, Heidelberg, Konstanz, Kiel, Münster oder Erlangen haben sich bereits zu diesem Schritt entschieden, weitere Städte bereiten einen solchen Schritt vor.

Die Anregung kommt vielfach aus der Bevölkerung, vor allem von jungen Menschen, die sich zum Teil in der „Fridays for Future“-Bewegung engagieren und damit ihre Ängste über die Zukunft, die wir ihnen hinterlassen werden, formulieren.

Gleichzeitig sind viele Städte und ländliche Gemeinden immer stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen: Überschwemmungen, Trockenperioden und Überhitzungen in den Städten sind nur einige davon.

Aber auch die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Transformationsprozesse werden in unseren Städten spürbar. Vor allem die schwächsten Gruppen der Gesellschaft sind von den Auswirkungen betroffen. Es besteht die Gefahr, dass sie immer mehr abgehängt werden und damit auch das Wählerpotential für rechtspopulistische Parteien vergrößert wird.

Zahlreiche Städte in Deutschland und Europa arbeiten bereits seit vielen Jahren daran, nicht nur ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren, sondern vor allem die notwendige Transformation der Gesellschaft voranzubringen. So engagieren sich unsere Mitgliedskommunen beim Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs mit emissionsarmen Bussen sowie der Erweiterung des Straßenbahn- und Stadtbahnnetzes. Wir bauen ganze Stadtviertel im Niedrigenergie- bzw. Passivhaus-Standard. Wir kümmern uns dabei auch um die soziale Dimension, um

KLIMA-BÜNDNIS
Europäische Geschäftsstelle

Hauptsitz
Galvanistr. 28
60486 Frankfurt am Main
Deutschland
T. +49 69 717139 0
europe@klimabuendnis.org

In Kooperation mit:

Energy Cities
Renewable Energy House
63-65 rue d'Arlon
1040 Brussels
Belgium

ICLEI - Local Governments for
Sustainability
European Secretariat
Leopoldring 3, 79098 Freiburg
Germany
T. +49 761 36892-0

keine Bevölkerungsgruppe abzuhängen und um sozial Benachteiligte in die bevorstehenden Veränderungen einzubeziehen.

Trotz vielfacher Aktionen von uns, gibt es viele Bereiche, in denen wir eine engere Zusammenarbeit mit der nationalen und europäischen Ebene benötigen, um die Auswirkungen unserer Maßnahmen zu vervielfachen. Dabei geht es um stärkere finanzielle Unterstützung, jedoch auch um den Abbau rechtlicher und administrativer Hürden sowie um die Anerkennung und Kommunikation der von den Kommunen bereits erreichten Ergebnisse.

Wir konstatieren eine massive Diskrepanz zwischen den anspruchsvollen Klimaschutzzielen und der realen Politik und Gesetzgebung. Durch politische Entscheidungen in den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in vielen Bereichen verschlechtert, der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde ausgebremst.

Wir sehen deshalb dringenden Handlungsbedarf vor allem in den folgenden Bereichen:

- Das geplante Klimaschutzgesetz muss alle klimaschutz-relevanten Fachgebiete (insbesondere Energiewirtschaft, erneuerbare Energien, Gebäudestandards, Baurecht, Mobilität und Landwirtschaft) berücksichtigen und eine Neuausrichtung der entsprechenden Fachgesetze auf den Klimaschutz einleiten.
- Klimaschutz sollte eine Pflichtaufgabe aller politischen Ebenen sein und als Querschnittsaufgabe Bestandteil aller Entscheidungen werden.
- Der aktuelle Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes hält an einem längst überholten baulichen Energiestandard fest. Er sollte sich vielmehr an den umfassend in der Praxis erprobten Standards des KfW40 oder Passivhauses orientieren.
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist durch die letzten Novellierungen, insbesondere durch die Deckelungen und durch die Belastung des Eigenverbrauchs von selbst erzeugtem regenerativem Strom, von einem Motor des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu einer Bremse geworden.
- Das Mieterstromgesetz kann aufgrund der Bürokratie keine nennenswerte positive Wirkung entfalten.
- CO₂-Emissionen und damit fossiler Energieverbrauch müssen finanziell belastet werden, im Gegenzug sollten erneuerbare Energien entlastet werden.
- Mit einer CO₂-Abgabe kann eine Steuerungswirkung erzielt werden. Diese sollte aufkommensneutral gestaltet werden und die Einnahmen für die Förderung von Energieeffizienz und einem notwendigen sozialen Ausgleich genutzt werden.

Im Sinne der Subsidiarität brauchen wir eine großzügigere Kofinanzierung der Klimaschutzprojekte im Bereich der Verkehrswende, der Energiewende und der Gebäudesanierung. Dabei muss insbesondere der soziale Aspekt stärker in den Fokus gerückt werden. Das gilt sowohl für die Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland wie auch für die Fördermaßnahmen der Europäischen Union in der nächsten Förderperiode. Unsere Infrastruktur ist völlig überlastet (Verkehr) und veraltet, umweltschädlich beziehungsweise unzeitgemäß (Energie). Energetische Sanierungen von Gebäuden dürfen nicht zu unbotmäßigen Mietpreiserhöhungen führen.

Hier muss der Staat für einen entsprechenden Ausgleich und für gesetzliche Regelungen sorgen.

Als Teil der EU-Initiative „Konvent der Bürgermeister“ sind wir über verschiedene Städtenetzwerke aktiv und verpflichten uns, die EU bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen.

Die ICCA-Konferenz, die vom BMU Ende Mai in Heidelberg durchgeführt wurde, hat wichtige Impulse für einen globalen Austausch gegeben. Sie hat aber auch deutlich gemacht, dass wir auf vielen Ebenen ein deutliches Defizit in der konsequenten Umsetzung von Maßnahmen haben. Viele Kommunen in Deutschland übernehmen über ihre (Klima-)Partnerschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika auch globale Verantwortung.

Die Vertreter*innen der Kommunen in Deutschland, die in den Städtenetzwerken des Klima-Bündnis, Energy Cities, ICLEI, CEMR und Eurocities bereits seit vielen Jahrzehnten zusammenarbeiten, sind bereit, ihre Verpflichtungen ehrgeiziger zu gestalten und die notwendigen Transformationsprozesse beschleunigt voranzubringen.

Dafür bieten wir der Bundesregierung eine strategische Partnerschaft an, die die Umsetzung von Maßnahmen und erfolgreiche Lösungen in einer Task-Force gemeinsam mit den relevanten Akteuren inklusive der Wirtschaft voranbringt. Bei allen Anstrengungen müssen wir aber auch darauf achten, unsere Bürger*innen in allen Phasen der Umsetzung einzubeziehen.

Dafür benötigen wir einen permanenten Austausch, so wie wir ihn auch mit der EU-Kommission seit zwei Jahren regelmäßig durchführen. Die Rolle der Kommunen muss dabei stärker anerkannt und in den relevanten Politikbereichen berücksichtigt werden.

Nach unserem Verständnis erfordert der Klimawandel Transformationsprozesse, die alle gesellschaftlichen Gruppen betreffen. Städte, Gemeinden und Regionen stehen bei den damit zusammenhängenden Herausforderungen an vorderster Stelle und sind bereit, diese anzugehen. Wir wissen jedoch auch, dass wir auf die Länder und die Bundesebene angewiesen sind, um umfassende Veränderungen zu gestalten.

Lassen Sie uns gemeinsam die entsprechenden Schritte angehen.

Gerne stehen wir für einen Austausch bezüglich der dazu notwendigen Maßnahmen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Wolter
Bürgermeister der Stadt Köln
Vorsitzender des Klima-Bündnis



Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg
Vorsitzender von Energy Cities



Martin Horn
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau
Vorsitzender – ICLEI-Europe



Ashok Sridharan
Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn
Präsident von ICLEI-Städte für Nachhaltigkeit

DAS KLIMA-BÜNDNIS

Seit mehr als 25 Jahren setzen sich die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis mit ihren indigenen Partnern der Regenwälder für das Weltklima ein. Mit 1.700 Mitgliedern aus 26 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das weltweit größte Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz widmet, und das einzige, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung. [klimabuendnis.org](https://www.klimabuendnis.org)

ENERGY CITIES

Ist eine Gemeinschaft von über 1.000 lokalen Regierungen in 30 Ländern. Wir glauben, dass es beim Energiewandel nicht nur um saubere Energie oder großartige Technologien geht: Es geht um einen vernünftigen Umgang mit Ressourcen bei gleichzeitiger Stärkung der lokalen Beteiligung und des Wohlstands in einem demokratischen Europa. [energy-cities.eu](https://www.energy-cities.eu)

ICLEI – LOCAL GOVERNMENTS FOR SUSTAINABILITY

Ist ein globales Netzwerk von über 1.750 Kommunen, die sich für nachhaltige Entwicklung engagieren. ICLEI Europa gibt seinen Mitgliedern eine Stimme auf europäischer und internationaler Bühne, eine Plattform sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und das Werkzeug, um einen positiven ökologischen, ökonomischen und sozialen Wandel voran zu bringen. [iclei.org](https://www.iclei.org)